

Josef Mooser

Arbeiterleben im historischen Wandel seit 1900

Prof. Dr. Josef Mooser, geb. 1946 in Abensberg/Bayern, studierte Geschichte, Germanistik und Sozialkunde in München und Bielefeld. Seit 1980 wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1986 Professor (auf Zeit) für Neuere Sozial- und Kulturgeschichte an der Universität Bielefeld.

Heute machen in der sozialwissenschaftlichen Gegenwartsdiagnose historisch dramatische Thesen beziehungsweise Fragen die Runde. Stehen wir vor dem „Ende der Arbeiterbewegung“¹ und/oder dem „Ende der Arbeitsteilung“² gerade als Folge der Rationalisierung in der industriellen Produktion? Manche nehmen endgültig „Abschied vom Proletariat“³, dem als soziale Klasse keine gesamtgesellschaftlich bedeutungsvolle emanzipatorische Politik mehr zugetraut wird. Mehr oder weniger ausgeprägt ist mit diesen Gesten des Abschieds der Zweifel am „Fortschritt“ überhaupt verbunden, den einstmals die „Arbeiterklasse“ vollstrecken sollte.

Solche intellektuellen Stimmungslagen erheischen eine umfassende systematische und historische (Selbst-)Aufklärung über die begrifflichen Konzepte und die sachlichen Gegenstände im einzelnen. Das leidenschaftliche Bewußtsein, an einer Epochenschwelle zu stehen, neigt entweder zu einem konturlosen historischen Rückblick auf die „Modernisierung“ der letzten Jahrhunderte oder zu einer kurzsichtigen Geschichte höchstens der letzten Jahrzehnte. Historische Erfahrungen und Erwartungen bilden sich jedoch eher in mittelfristigen Zeiträumen von zwei bis drei Generationen.

1 Rolf Ebbighausen u. Friedrich Tiemann (Hg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker, Opladen 1984.

2 Horst Kern u. Michael Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München 1984.

3 Andre Gorz, Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt 1980.

In diesem Sinne sollen im folgenden einige Aspekte von Sozialstruktur, Lage und Verhalten der Arbeiterschaft in Deutschland beziehungsweise der Bundesrepublik etwa zwischen der Jahrhundertwende und den 1970er Jahren umrissen werden.⁴ Dabei interessiert besonders, was sich nach dem Zweiten Weltkrieg verändert hat oder gleichgeblieben ist. Gegenüber den angedeuteten umfassenden Fragen wird also nur ein Ausschnitt näher beleuchtet, der umgekehrt in den gesamtgesellschaftlichen Diagnosen häufig ganz allgemein als „die Arbeiterklasse“ erscheint. Wie hat sich in jenem Zeitraum das Arbeiterleben verändert? Welche Elemente der Kontinuität oder Diskontinuität in Struktur und sozialer Lage der Arbeiterschaft lassen sich beobachten und was ist deren Bedeutung? Gab es Tendenzen zur Homogenisierung oder Heterogenisierung von typischen Aspekten des Arbeiterlebens, mithin eine Klassenformierung in der Arbeiterschaft? Und welche Wirkungen auf das politisch-soziale Selbstbewußtsein der Arbeiter hatte das?

Homogenisierung der Arbeiterschaft

Antworten auf diese Fragen hängen - nicht nur, aber auch - von den orientierenden Begriffen ab. Es sei daher betont, daß hier von „Klassen“ im Sinne Max Webers gesprochen wird. Das heißt, arbeiterspezifische Klassenlagen und ihr Wandel werden nicht nur - wie in der marxistischen Theorie - am kapitalistischen Lohnarbeitsverhältnis als solchem festgemacht, sondern an mehreren marktbedingten Dimensionen des beruflichen Lebens einerseits („Erwerbsklasse“) und des außerberuflichen Lebens andererseits, deren typische Verflechtung eine „soziale Klasse“ begründet. Mit dieser Begrifflichkeit lassen sich Veränderungen (und deren Grenzen) innerhalb der kapitalistischen Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts und der Gestaltwandel der Arbeiterklasse besser fassen als durch den hierzulande - wenn überhaupt - üblichen, in der Regel ökonomistisch begrenzten marxistischen Klassenbegriff.

Die historischen Befunde zu jenen Fragen lassen sich auf den Satz zuspitzen: Neben der Überwindung der alten Gestalt der „Proletariat“ wurde in den letzten Jahrzehnten die Arbeiterschaft als soziale Klasse homogener, während der gesellschaftliche und politische Bedeutungsgehalt der Klassenzugehörigkeit verblaßte. Die „Proletariat“⁵ umfaßte bis in die Zwischenkriegszeit arbeiterspezifische strukturelle und soziale Merkmale: Armut und Enge in der Lebensführung und grundlegende Unsicherheit im Lebensschicksal als den Folgen der Lohnarbeit, aus der das entscheidende Einkommen stammte und welches nicht hoch genug war, um die Mittel für den Aufstieg aus der proletarischen Lage (vor allem für die Kinder) zu gewinnen. Der in der zeitlichen Ent-

4 Das Folgende resümiert einige Befunde und Thesen von: Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900 bis 1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt 1984; auf weitere Nachweise wird daher verzichtet. Vgl. ferner die Überblicksdarstellungen in: Wolfgang Ruppert (Hg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum „Wirtschaftswunder“, München 1986. Exemplarisch und grundlegend im erfahrungsgeschichtlichen Zugriff: Lutz Niethammer u. Alexander v. Plato (Hg.), Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, 3 Bde., Berlin 1983-1985.

5 Dieser Begriff ist übernommen von dem katholischen Sozialwissenschaftler Götz Briefs; ders., Das gewerbliche Proletariat, in: Grundriß der Sozialökonomik Bd. IX/1, Tübingen 1926, S. 142-240.

wicklung und im absoluten Niveau historisch vergleichsweise Anstieg der Löhne seit den 1950er Jahren sowie der zeitgleiche massive Ausbau der sozialpolitischen Sicherungen gegen Konjunktur- und Marktrisiken haben die sozialen Aspekte der alten „Proletariat“ wenn nicht verschwinden lassen, so doch zur Ausnahme gemacht. Andererseits haben die strukturellen Aspekte der „Proletariat“: die Angewiesenheit auf marktabhängige und fremdbestimmte Lohnarbeit überhaupt ihren arbeiterspezifischen Gehalt verloren durch die seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts kontinuierliche und im Vergleich zu den Arbeitern relativ stärkere Zunahme der Angestellten.

Dennoch sind auch die Arbeiter im Wohlstand geblieben und trotz bedeutender Annäherungen im Einkommen und im sozialrechtlichen Status zwischen den Schichten der abhängig Beschäftigten nicht aufgegangen in der Masse der „Arbeitnehmer“. Von den Angestellten und Beamten (sieht man von deren unteren Gruppen ab) unterschieden sie um 1970 noch deutlich Differenzen in der Ausbildung, der beruflichen Stabilität und Einkommensrückstände, insbesondere aber die Körperlichkeit ihrer Arbeit und das daraus folgende überdurchschnittliche Maß an Arbeitsbelastung. Im letzten Jahrzehnt kennzeichnet Arbeiter erneut ein erhöhtes Risiko der Arbeitslosigkeit und damit des Abrutschens in die „neue Armut“.

Die Freisetzung durch den heutigen industriellen Strukturwandel trifft eine Arbeiterschaft, deren Beschäftigung sich seit der Jahrhundertwende zunehmend auf den Wirtschaftsbereich von Industrie und Handwerk konzentriert hat. Damals waren nur gut die Hälfte, um 1950 zwei Drittel, in den 1960er Jahren hingegen knapp drei Viertel aller Arbeiter in jenem Wirtschaftsbereich tätig, unter Zunahme ihrer absoluten Zahl. Seither jedoch schrumpft die Erwerbsklasse der Arbeiter absolut und relativ; der Anteil sämtlicher Arbeiter an den Erwerbstätigen insgesamt betrug 1907 55 Prozent, 1950/61 noch 51 Prozent, 1987 aber nurmehr 39 Prozent. Trotz der zunehmenden Angestelltentätigkeit auch im industriell-handwerklichen Sektor sollte man aber nicht übersehen, daß in diesem volkswirtschaftlich zentralen Bereich die Arbeiter auch heute noch die deutliche Mehrheit der Beschäftigten stellen (1982 = 65 Prozent).

Der sektorale Wandel im Beschäftigungssystem, der den Landarbeiter fast verschwinden ließ, hat mit der Konzentration der Beschäftigung auf Industrie und Handwerk einige grundlegende Faktoren des Erwerbslebens der Arbeiter gleichartiger gemacht und damit deren Einheit als Erwerbsklasse gesteigert. Infolge des Ausbaus der beruflichen Bildung verbreiterte sich in diesem Zusammenhang auch die Qualifikation. Der ungelernete männliche Arbeiter wurde seltener, im Unterschied zur ungelerneten Arbeiterin - was darauf verweist, daß die Erfolgsgeschichte der Arbeiterschaft in erster Linie eine der (deutschen) Männer ist, obwohl die Frauen seit 1925 knapp 30 Prozent aller Arbeiter stellten. Auf der Grundlage der Homogenisierung der Beschäftigung wurden die Arbeiter sich in ihrer Arbeit jedoch eher unähnlicher. Der nach Wirtschaftsbereichen, Branchen und Betriebsgrößen sehr

ungleichmäßige Strukturwandel und Rationalisierungsprozeß hat seit den 1950er Jahren die beruflichen Tätigkeiten, Arbeitsbedingungen und betrieblichen Milieus wahrscheinlich weit stärker differenziert als das noch in der Zwischenkriegszeit der Fall war. Dieser Prozeß der Heterogenisierung hat sich in jüngster Zeit durch branchenspezifische Konjunkturen und beschleunigte technische Rationalisierungsmaßnahmen noch verschärft.

Auf der anderen Seite ist jedoch - wenigstens bis in die Zeit der 1970er Jahre - vor übertriebenen Vorstellungen über die Reichweite der jeweils fortgeschrittensten Technik und Rationalisierung zu warnen. Die Beschäftigung in Großbetrieben (mehr als 1000 Beschäftigte), wo diese sich am ehesten ausbreiteten, hat unter Arbeitern zwar zugenommen, wurde aber nicht zur Regel. 1925 waren in solchen Betrieben 20 Prozent, im Jahre 1970 hingegen 27 Prozent der Arbeiter im Wirtschaftsbereich Industrie und Handwerk tätig. Das Fließband, in den 1920er Jahren in einigen Großbetrieben eingeführt und seither das stärkste und bekannteste Symbol industriekapitalistischer Entfremdung, erfaßt bis heute nur eine Minderheit selbst der Industriearbeiter. So machten in der Fahrzeugbauindustrie 1976 die Bandarbeiter 25 Prozent der Beschäftigten aus. Auf die Gesamtheit der Arbeiter aller Wirtschaftsbereiche bezogen, stellten die Arbeiter am Fließband 1972 jedoch nur eine Minderheit von 5 Prozent dar, die sich bezeichnenderweise geschlechtsspezifisch deutlich unterschied: 3 Prozent aller männlichen, aber 13 Prozent aller weiblichen Arbeiter standen am Fließband.

Industrialisierung war freilich immer mit einer Heterogenisierung der Arbeitsfelder, dem eher stillen Wandel der Berufsinhalte und dem Aussterben bestimmter Berufe verbunden. Aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg hat derselbe Prozeß in Form von Wirtschaftswachstum, Produktivitäts- und Einkommenssteigerungen zu einem massiven Schub der Homogenisierung der Arbeiter als sozialer Klasse beigetragen. Das außerbetriebliche und außerberufliche Arbeiterleben in den letzten Jahrzehnten war viel gleichförmiger als in früheren Arbeitergenerationen. Ehemals tiefe regionale, branchen- und gruppenspezifische Lohnunterschiede wurden geringer; folgenreiche Unterschiede in Lebenshaltung und Lebensstilen zwischen Arbeitern in der Großstadt und Provinz verloren ihre Bedeutung. Die innereheliche Geburtenbeschränkung zum Beispiel, die um 1900 am ehesten unter großstädtischen Facharbeitern zu finden ist, wurde allgemein, womit sich auch die familienzyklischen Einkommensschwankungen abschwächten.

Am symptomatischsten ist wohl das Verschwinden der Landnutzung. Unzureichende, noch dazu stark fluktuierende Löhne und mangelnde Sicherung gegen Arbeitslosigkeit nötigten in den 1920er/1930er Jahren gut jede zweite (gewerbliche) Arbeiterfamilie auf dem Land und in den Klein-/Mittelstädten, aber auch bald noch jede vierte Arbeiterfamilie in der Großstadt zum landwirtschaftlichen „Nebenerwerb“ oder zur Nutzung eines Gartens. Das war insgesamt bedeutsam, da die Mehrheit der Arbeiter nicht in der Großstadt wohnte. Zu einem erheblichen Teil war die Arbeiterfamilie damit noch „Pro-

duktionsfamilie“, die notgedrungen ihre Lebensmittel selbst herstellte, wobei die Frauen- und Kinderarbeit ausschlaggebend war. Zugleich stiftete das keineswegs einfache oder harmonische Beziehungen zu den Bauern als Verpächtern des Landes. Arbeiter hatten oft zwei Herren über sich: den „Arbeitgeber“ und den Bauern. Die Prosperität seit den 1950er Jahren und die nun erst sich voll durchsetzende Modernisierung der bäuerlichen Landwirtschaft hat diese Konstellation und damit eine jahrhundertealte Sozialformation aufgelöst: die spannungsvolle Symbiose von Bauernschaft und Unterschicht beziehungsweise Arbeiterschaft im unmittelbaren, eher geldlosen Austausch von Land gegen Arbeit. Gleichzeitig haben sich damit die Erwerbsklassenlagen der Arbeiter insofern grundlegend homogenisiert, als sie nun ausschließlich auf die Lohneinkommen und Transferleistungen des Sozialstaates angewiesen sind.

Dieser Homogenisierungsprozeß erfaßte seit den 1950er Jahren eine Arbeiterschaft, deren soziale Einheitlichkeit durch Mobilitätsprozesse im Rahmen des sektoralen Wandels im Beschäftigungssystem größer geworden war. Die gruppenbildenden Dimensionen der sozialen Mobilität - Herkunft, Heiratsverhalten und intergenerationelle berufliche Mobilität - sind empirisch aufschlußreiche Indikatoren für die Bildung einer „sozialen Klasse“, da sie gesellschaftliche Voraussetzungen, Chancen und Wertschätzungen ausdrücken. Herkunft und Wahl des Ehepartners haben um 1900, abgesehen von den Großstädten, die Arbeiter noch stark mit der bäuerlichen Bevölkerung und daneben mit dem handwerklichen Kleinbürgertum verbunden. Gut die Hälfte der Arbeiter stammte jedoch aus Arbeiterfamilien selber. Jene Bindungen haben sich bis in die 1960er Jahre deutlich gelockert, zugunsten einer stärkeren Rekrutierung aus den Gruppen der Angestellten und Beamten und einer Konzentration der Heiratskreise auf die Arbeiterschaft; zwei Drittel der verheirateten Arbeiter waren 1971 mit einer Arbeiteltochter verheiratet. Herkunft, Familie und Verwandtschaft, die Orientierungen auch in der Berufswahl ausbilden, Meinungen bilden und stabilisieren, verbanden Arbeiter also in hohem Maße mit ihresgleichen.

Dieser Klassenformierung wirkte erst seit den 1960er Jahren ein verstärkter intergenerationaler beruflicher Wechsel von Arbeitersöhnen in Angestellten- und Beamtenpositionen entgegen. Seither wurde - ermöglicht durch die weitere Expansion der Angesteütentätigkeit auch in der Industrie sowie gefördert durch die Bildungspolitik - vor allem unter den Facharbeitern und höher gestellten Arbeitern wie Meistern die traditionelle Regel, daß die Söhne wiederum einen Arbeiterberuf ergriffen, schwächer oder durchbrochen. 1978 war nur gut jeder zweite der Söhne von Facharbeitern wiederum (zumeist) Facharbeiter, 10 Prozent waren Vorarbeiter, Meister und ähnliches; 19 Prozent waren als Angestellte und Beamte im einfachen und mittleren Dienst, 11 Prozent als solche im gehobenen und höheren Dienst beschäftigt. Zu fast zwei Drittem waren hingegen die Söhne von Meistern und anderen gehobenen Arbeitern in den letzten beiden Positionsgruppen beschäftigt; nur jeder

dritte dieser Söhne übte noch einen Arbeiterberuf aus. Es ist wahrscheinlich nicht übertrieben: In den 1960er Jahren begann in der jungen Generation der bessergestellten Arbeiterfamilien eine Flucht in andere als Arbeiterberufe, gefördert von den Eltern und deren traditionellem Erziehungsziel, daß die „Kinder es besser haben sollten“. Das richtete sich früher auf den „guten Arbeiterberuf“ mit sicherem Arbeitsplatz und hohem Lohn, drängte nun aber gewissermaßen über die Klasse hinaus. Das deutlichste Indiz ist ein historisch vergleichsweise schneller Abbau der in den 1960er Jahren vielbeschworenen „Bildungsabstinenz“ der Arbeiter: 1961 waren erst 8 Prozent, 1975 aber 28 Prozent der über 15 Jahre alten Kinder in Arbeiterfamilien Schüler oder Studierende. Nicht wenige davon werden freilich enttäuscht worden sein; das ändert jedoch nichts an einem aufschlußreichen Einstellungswandel.

Schwinden des Klassenbewußtseins

Dieser Einstellungswandel hatte eine weniger spektakuläre Vorgeschichte. Die Tendenzen zur „objektiven“ sozialen Homogenisierung bis in die 1960er Jahre hatten keine „subjektive“ Parallele. Arbeiter betrachteten sich vielmehr zunehmend häufiger als Teil der „Mittelschicht“; 1955 rechnete sich dazu gut jeder dritte, 1969 aber schon jeder zweite Facharbeiter, 1974 und 1978 von der Gesamtheit der Arbeiter 41 beziehungsweise 35 Prozent. Nur die Arbeiter in der Schweiz und in den USA neigten 1974 ähnlich häufig zu einer solchen Selbstaufwertung, weniger hingegen zum Beispiel in Österreich (31 Prozent) oder in England (18 Prozent). Teils kann man darin das Echo der zeit- oder nationalspezifischen Ideologien hören. In der Bundesrepublik wirkte auch die Zerschlagung sozialistischer Traditionen und Deutungsmuster über die Arbeiterlage durch den Nationalsozialismus nach. Wichtiger war aber wohl, daß die tatsächlichen Veränderungen der Arbeiterlage im Prozeß der Homogenisierung das Gesicht der Klasse so veränderten, daß traditionelle Sinngehalte der Klassenzugehörigkeit verblaßten. Im relativen Wohlstand gliederten sich die Lebensstandards nach oben an; öffentlich sichtbare, schichttypisch ungleiche Lebenshaltungsniveaus - etwa im Wohnen und in der Kleidung - lösten sich auf, so daß im öffentlichen Bewußtsein die Assoziation von Arbeiterschaft und relativer Armut zerfiel. Das bessere Leben war auch ein kollektiver Aufstieg zur Respektabilität. Dadurch wurden alte Wünsche erfüllt, so daß die Selbstachtung stieg, die die Arbeiter nicht zuletzt in der Zurechnung zur „Mittelschicht“ ausdrückten. Die Klassenformierung unter dem Vorzeichen der Prosperität hatte den Effekt, daß die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft nicht mehr die ehemals lebensweltlich umfassende Bedeutung in sich trug.

Auflösung von Sozialmilieus

Die skizzierten Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung und Lage der Arbeiterschaft waren eingebettet in die säkulare Kontinuität der Industrialisierung, Urbanisierung und Sozialpolitik. Der Eindruck, erst und nur das

„Wirtschaftswunder“ habe die große Wende herbeigeführt, wäre gewiß falsch. Für die Geschichte der Bundesrepublik ist vielmehr die zeitspezifische Beschleunigung, Verknüpfung und kumulative Wirkung jener kontinuierlichen Prozesse charakteristisch - neben der politischen Diskontinuität andererseits. Nach 1950 hat sich wirtschaftlich und gesellschaftlich gleichzeitig so vieles und so schnell geändert wie in keiner Periode der neueren deutschen Geschichte. Parallel dazu und als Folge davon lösten sich die im 19. Jahrhundert entstandenen und seit dem Kaiserreich festen, kollektive politische Bindungen stiftenden sozialmoralischen Milieus des Sozialismus und Katholizismus auf. Diese Milieus waren lebensweltlich relativ stabile und in entscheidendem Maße politisch geformte kollektive Gesinnungsmeinschaften von großer Dauerhaftigkeit, weil sie an die fundamentalen Prozesse und Konflikte der Industrialisierung, Nationalstaatsbildung, Demokratisierung und Säkularisierung gebunden waren. Die soziokulturelle Prägekraft der ökonomischen Klassenlage war in ihnen spezifisch gebrochen durch nationale und verfassungspolitische Einstellungen sowie konfessionelle Bindungen beziehungsweise Distanzen. Es gab daher kein „allgemeines“ Arbeiter-Milieu. Die Milieus erfaßten nicht die Gesamtheit der Arbeiter, ja spalteten diese sogar, während sie nach innen in hohem Maße homogenisierend wirkten. Ein jeweils analoges Netz von Institutionen und Organisationen - Sport-, Gesundheits- und Bildungsvereine, Konsumgenossenschaften, Presse, Gewerkschaften und Partei - gewährte Halt in den Problemen des proletarischen Alltags und bot zugleich eine symbolische Identifikation. Die Milieus fungierten damit auch als Sozialisationsmedien für die „roten“ und „schwarzen“ Arbeiter, wobei in jenes Netz als ein starker Faden der Antiklerikalismus der einen und die kirchliche Religiosität der anderen eingewebt war. Das „Klassenbewußtsein“ der Arbeiter war milieuspezifisch ausgeprägt.

Das organisatorische Netz des sozialistischen und katholischen Milieus haben bekanntlich die Nationalsozialisten zerstört. Nach 1945 wurde es nur noch teilweise, jedenfalls nicht mehr in vergleichbarer Dichte restauriert, in Gestalt der Einheitsgewerkschaft sogar bewußt verabschiedet, um frühere Trennungen zu überwinden. Die sozialmoralischen Leitideen des Sozialismus und Katholizismus prägten zwar noch einmal die Formierung der großen Parteien. In ihrer gemeinsamen Frontstellung gegen Faschismus und Kommunismus verblaßte aber der politische Bedeutungsgehalt der schichten- und milieuspezifischen Bindungen an die Parteien, mögen diese sich auch in großen Teilen bis in die 1960er Jahre hinein erhalten haben. Vorbereitet wurde das durch den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg, die Zerstörung der marxistischen Tradition und durch den Zusammenbruch des deutschen Nationalismus in den Exzessen des faschistischen Rassismus und Imperialismus. Das entlastete die Bundesrepublik von den innergesellschaftlichen nationalistischen Spannungen, die zwischen 1870 und 1933 zunehmend schärfer geworden waren und auch die Arbeiterschaft politisch gespalten hatten. Die nationale Teilung hat diese Entbindung von alten politischen Konflikten stabilisiert, weil durch sie der Nationalismus unter die Kontrolle der

Siegermächte gestellt und ein bequemer Antikommunismus als gesellschaftliche Integrationsideologie möglich wurde. Säkularisierung und Wandlungen innerhalb des Katholizismus haben schließlich auch die kirchlichen Fundamente des katholischen Milieus erschüttert, so daß der Antiklerikalismus funktionslos wurde. Und nicht zuletzt haben die Verbesserungen in der sozialen Lage der Arbeiterfamilien und der Ausbau des Sozialstaates Formen der selbstorganisierten Unterstützungsleistungen wenn nicht überflüssig gemacht, so doch in ihrer Bedeutung gemindert.

Im Schatten der politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts erlebten die Arbeiter in der Bundesrepublik einen umfassenden Wandel ihrer Lage, der in den 1960er Jahren in einen sozialgeschichtlichen Kontinuitätsbruch mündete. In dieses Jahrzehnt fiel der größte Schub einer historisch beispiellosen Anhebung des Lebensstandards, der Angleichung der Lebenshaltungsformen zwischen den sozialen Schichten sowie eine verstärkte Mobilität. Gleichzeitig trat eine Arbeitergeneration in den Vordergrund, die kaum mehr durch das sozialistische oder katholische Milieu geprägt war, sondern durch die kontinuierlich zerstörenden politischen Katastrophen und Prozesse des relativen Wohlstands, der Mobilität und Massenkultur. Diese entließen die Arbeiter aus den ehemals typischen kollektiven Bindungen an eine schichtenspezifische Lebensweise und an politisch soziale Gesinnungsgemeinschaften. Die Arbeiterkultur, die alltägliche Lebensweise, welche ehemals in berufsgruppen- und regionalspezifische Lebenswelten eingelassen war, wandelte sich zu einer weithin ähnlichen Kultur des Privatlebens in den Familien.⁶

Die Arbeiter nahmen gewissermaßen Abschied von der „Proletarität“. Die auch in früheren Jahrzehnten schon mögliche individuelle Entproletarisierung des Arbeiterlebens wurde entscheidend gestützt durch eine kollektive Entproletarisierung: durch den umfassenden Ausbau der sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen und gewerkschaftlichen Minderung der Lebensrisiken des Lohnarbeiters. Es war jedoch eine Entproletarisierung auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und eines davon getragenen Wirtschaftswachstums, das nicht nur die Kontinuität, sondern auch die weitere Ausbreitung der Lohnarbeit voraussetzte. Nicht diese selber (wie im marxistischen Begriff der Entproletarisierung) wurde aufgehoben, sondern einige, ehemals klassenbildende Folgen der Lohnarbeit. Die Zersetzung der alten „Proletarität“ führte jedoch nicht in eine ökonomisch, sozial und politisch vergleichbar kohärente neue Lage. Insofern hat der sozialgeschichtliche Kontinuitätsbruch ein offenes Ende und symbolisiert nicht die vielberedete „Verbürgerlichung“ der Arbeiter.⁷

6 Dazu auch, allerdings mit einem breiterem Begriff von „Arbeiterkultur“: Klaus Tenfelde, Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, in: Susanne Miller u. Malte Ristau (Hg.), Gesellschaftlicher Wandel - Soziale Demokratie - 125 Jahre SPD, Köln 1988 S. 155-172.

7 Eine sozialwissenschaftliche Diskussion dieser Debatte: Birgit Mahnkopf, Verbürgerlichung. Die Legende vom Ende des Proletariats, Frankfurt 1985.

„Verbürgerlichung“ der Arbeiter?

Diese wohl populärste Theorie über den Wandel der Arbeiterlage leidet am charakteristisch vieldeutigen oder unklaren Referenzbegriff des „Bürgerlichen“. Vermeidet man, diesseits der Revolution fast alles als „bürgerlich“ zu deklarieren, sondern sucht diesen Begriff zu differenzieren, dann wird deutlich, wie begrenzt die „Verbürgerlichung“ beziehungsweise wie das so Bezeichnete selber ein Teil der Emanzipation der Arbeiter war und ist. Man kann für den hier interessierenden Zeitraum drei historisch-soziale Typen des Bürgers unterscheiden: den Wirtschafts- oder Besitzbürger, den Bildungs- und den Staatsbürger. Niemand wird wohl behaupten, daß der relativ wohlhabende Arbeiter zum Bürger des ersten oder zweiten Typs geworden sei. Die Verbürgerlichung im Sinne des gleichberechtigten Staatsbürgers war jedoch das wohl zentrale Motiv der sozialistischen und christlichen Arbeiterbewegung, insofern die rechtliche Gleichheit auch sozial fundiert werden sollte - von einer „gerechten“ Sozialpolitik bis hin zur Aufhebung des privatkapitalistischen Lohnarbeitsverhältnisses als Voraussetzung und Vollendung der politischen Gleichheit im Sinne der Demokratie.

Bolschewismus, bürgerlicher Rechtsradikalismus und Faschismus haben das Bewußtsein für die demokratische Substanz der Arbeiteremanzipation noch geschärft; sie haben andererseits aber auch die geschichtlich-evolutionäre Verknüpfung von politischer Demokratie und Sozialismus, wie sie die alte Sozialdemokratie kennzeichnete, desillusioniert. Gegenüber den alten Hoffnungen sollte man jedoch nicht übersehen, daß im Sozialstaat der Bundesrepublik die staatsbürgerliche Gleichheit des Arbeiters wie nie zuvor in der jüngeren deutschen Geschichte anerkannt und stabilisiert wurde, mag auch das Ziel der „Demokratisierung der Wirtschaft“ nicht erreicht worden sein. Die materiellen und institutionellen Leistungen der Sozialpolitik, also Arbeitsrecht, Tarifautonomie, Organisation des Arbeitsmarkts und die darin verankerte Position der Gewerkschaften, waren wesentliche Bedingungen für die Entproletarisierung des Arbeiterlebens. Diese sozialpolitische Steigerung der Staatsbürgerlichkeit des Arbeiters hat zweifellos auch zu dem im internationalen Vergleich charakteristischen „sozialen Frieden“ in der Bundesrepublik soviel beigetragen, daß sie auf der Grundlage des Wirtschaftswachstums eine Kooperation zwischen Kapital und Arbeit ermöglichte. Seit das Wachstum nachgelassen hat und eingebettet ist in einen krisenhaften industriellen Strukturwandel, wird aber gerade in den Auseinandersetzungen um den Sozial- beziehungsweise Wohlfahrtsstaat wieder deutlicher, daß sich die „Verstaatsbürgerlichung“ der Arbeiter nicht deckt mit der Anerkennung besitzbürgerlicher Strukturen und Werte, sondern vielmehr mit diesen in Konflikt gerät.

Es wäre aber wohl irreführend, die heutigen Spannungen zwischen staatsbürgerlicher Gesellschaft und besitzbürgerlicher oder kapitalistischer Wirtschaftsordnung als einen neuen Anlauf zum „klassischen“ politischen Klassenkonflikt zu begreifen oder darauf zu hoffen. Gewiß verweisen die

sozialgeschichtlichen Befunde auf die Kontinuität einer ökonomisch und sozial existierenden Arbeiterklasse und insofern besteht kein Anlaß zu Abschiedsgesten. Wie die Bildung und Reproduktion der Arbeiterklasse selbst ist jedoch auch und erst recht die soziale und politische Ausformung der ökonomischen Klassenkonflikte zutiefst historisch begründet, das heißt durch das Zusammenwirken vielfältiger Umstände und Prozesse, ihrer Erfahrung und Deutung durch die Menschen. Jene strukturelle Kontinuität ist daher in den breiteren Zusammenhang einer politischen und sozialen Diskontinuität zu stellen. In den letzten Jahrzehnten ist eine historisch spezifische, gesamtgesellschaftliche Klassenstruktur untergegangen, die „Klassengesellschaft“ des Kaiserreichs. In ihren bis 1933/45 wirksamen Spannungslinien verflochten sich die ökonomischen Klassenkonflikte mit den Problemen der Nationalstaatsbildung, Demokratisierung und Säkularisierung. Dieses Syndrom ist durch die Katastrophe des Nationalsozialismus und ihre Folgen entflochten worden, während die damit verbundenen sozialmoralischen Milieus sich seit den 1950er Jahren auflösten. Gemessen an deren lebensweltlich relativ geschlossenen sozialen und politischen Gemeinsamkeiten kennzeichnet die Klassenlagen in der Bundesrepublik eine strukturelle Individualisierung: die Ausweitung individueller Lebenschancen und -risiken auf der Grundlage der Lohnarbeit durch relativen Wohlstand, sozialstaatliche Sicherung, Mobilitäts- und Bildungsprozesse. Diese Enttraditionalisierung kollektiv typischer Lebensmuster enthält mehr Freiheit und zugleich mehr Abhängigkeit, weil sie im Kontext fortschreitender Vergesellschaftung des einzelnen erfolgt. Die Entproletarisierung des Arbeiterlebens war ein Teil dieses Individualisierungsschubs, der in anderer Hinsicht besonders die Lage der Frauen und Jugendlichen verändert hat.⁸ Allerdings sind das unstrukturierte Prozesse, zu denen seit rund zehn Jahren auch Erscheinungen der Neoproletarisierung gehören - in Gestalt von sozialrechtlich ungesicherter Teilzeitarbeit, Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut.

Kontinuität - Diskontinuität

Die hier umrissene, an die Gegenwart heranführende sozialgeschichtliche Diagnose ist geprägt durch eine spezifische historische Optik, den Blick auf die heutigen Lebensverhältnisse aus der Warte des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Die damit akzentuierte Diskontinuität in Lebensbedingungen und -formen der Arbeiterklasse sollte nicht den Blick trüben für die grundlegende Kontinuität der Lohnarbeit, ebenso wenig wie für die Grenzen der Lebensmöglichkeiten, die vielen Arbeiterinnen und Arbeitern gezogen sind, im Jahre 1988 wieder mehr als vor zehn oder zwanzig Jahren - von der Arbeitslosigkeit einmal ganz abgesehen. In dieser Situation mögen die hier skizzierten Argumente vielleicht anachronistisch-optimistische Züge haben. Deshalb noch eine Schlußbemerkung:

⁸ Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986; Peter A. Berger, Entstrukturierte Klassengesellschaft? Klassenbildung und Strukturen sozialer Ungleichheit im historischen Wandel, Opladen 1986.

Aus bekannten Gründen hat Modernisierungsskepsis die Modernisierungseuphorie besonders der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte verdrängt und zugleich eine historische Nostalgie freigesetzt. Es gibt offenbar nicht nur „rechte“ Versuche zur Sinnstiftung durch die Nation, sondern auch eine „linke“ Romantik der alten Klassengesellschaft, die im stabilen „Arbeitermilieu“ Vorbilder sucht. Beide, scheint es, weichen einer nüchternen historischen Analyse von Ursprüngen der westdeutschen Gegenwartsgesellschaft aus. Geboren aus der Katastrophe des Nationalsozialismus, gewann diese ihre Gestalt in einem beispiellos schnellen industriell-kapitalistischen Modernisierungsprozeß, der auch getragen wurde von der Leistungsbereitschaft einer Arbeiterklasse, die aus diskriminierender Armut und Enge ausbrechen wollte und dabei bedeutende Erfolge erzielte. In diesem Sinne ist die Geschichte der Bundesrepublik fundamental von der Arbeiterschaft mitgeprägt worden. Und wurzelt darin nicht auch die - trotz der Krise - gleichsam stoische politische Stabilität der Bundesrepublik? Radikaler Wandel produziert vielleicht auch neue Dauerhaftigkeit, mit der zu rechnen hat, wer etwas ändern will.